



Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

53. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Oktober 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Datenschutzbericht 1999 - Feststellungen des Datenschutzberichtes, die die
Beschäftigten des Landes NRW betreffen**

1

- Bericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz zu folgenden Stichworten:
 - Verwaltungsverordnung zur Ausführung des Landesbeamtengesetzes
 - Datensicherheit beim Transport und Verkehr von Personalakten
 - Bewerbungen nicht auf dem Dienstweg
 - polizeiärztliche Einstellungsuntersuchungen
 - Sicherheitsüberprüfungen durch den Verfassungsschutz
 - Befragungen von Mitarbeiter/inne/n
 - Beschäftigtendaten auf Homepages
 - Teleheimarbeit
- Diskussion

- 2 **Vergütungsrechtliche Auswirkungen bei der Übernahme von Mitarbeitern der Kommunen (Landschaftsverbände) durch das Land im Rahmen organisatorischer Maßnahmen** 7

Ein Mitarbeiter des Finanzministeriums gibt einen Überblick über die mit einer solchen Übernahme verbundenen Probleme.

- 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)** 9

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Der Ausschuß berät über die unten aufgeführten Einzelpläne zu jeweils folgenden Stichworten:

- Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit** 9
- Einsatz von Beamten oder Angestellten 9
 - **Kapitel 11 010 - Ministerium** 10
 - 2%ige Einsparvorgabe
 - kw-Vermerke aufgrund der Neuorganisation
 - Stellen für beamtete Hilfskräfte
 - **Kapitel 11 230 - Landesversicherungsamt NRW in Essen** 10
 - **Kapitel 11 240 - Zentralstelle der Länder für den Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten** 11

-	Kapitel 11 250 - Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (LÖGD-Institut)	11
-	Kapitel 11 410 - Sozialpädagogisches Institut NRW - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie	12
	Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen	12
-	Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen	12
-	Stellen für Auszubildende	12
-	Kapitel 14 010 - Ministerium	13
-	2%ige Einsparauflage	
-	Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung	13
-	58er Regelung	
-	Reduzierung der Zahl der Staatlichen Bauämter	
-	Personalentwicklungskonzept	
	Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport	14
-	Ausbildungsplätze	14
-	Stellenabbau/58er Regelung/Altersteilzeit	15
-	Organisationsuntersuchung	15
-	Umsetzungen	16

-	Kapitel 15 020 - Allgemeine Bewilligungen	17
-	Globale Minderausgabe	17
-	Kapitel 15 110 - Staatliche Ämter für Arbeitsschutz	17
-	Stellenveränderungen	17
-	Ausbringung neuer ku-Vermerke	17
-	Stellenumwandlungen	18
-	Kapitel 15 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl	18
-	Kosten- und Leistungsrechnung	18
-	Kapitel 15 330 - Landesversorgungsamt, Versorgungsämter	20
-	Aufgabenwegfall und Stellenabbau	20
-	Titelgruppe 63 - Versorgungskuranstalt Aachen Titelgruppe 64 - Versorgungskuranstalt Bad Driburg	20
-	Kapitel 15 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen	21
-	Perspektive der Landesstelle	21
-	Kapitel 15 750 - Staatliche Archive, Archivwesen	22

Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses
53. Sitzung (nicht öffentlich)

28.10.1999

ni-1g

Seite

4 **Verschiedenes**

22

hier: **Besoldung Polizeipräsidenten/Regierungspräsidenten**

- kurze Diskussion

5 **Terminplan (s. Anlage)**

23

Da die Fraktionen seit der letzten Sitzung keine Einwände erhoben haben, stellt der Vorsitzende das Einverständnis mit dem vorgelegten Terminplan für das Jahr 2000, erste Jahreshälfte fest.

Angesichts der seines Erachtens noch viel größeren finanziellen Differenzen als eben beschrieben erkundigt sich **Volkmar Klein (CDU)** nach den Aussichten, die beiden Tarifwerke anzugleichen. - Dies wäre eine Jahrhundertaufgabe, gibt **AR Effertz (FM)** zu bedenken.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200

Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Einsatz von Beamten oder Angestellten

MR Brommund (FM) verweist auf die noch zu fertigende Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion zu diesem Komplex und eine Presseinformation des Innenministers, in der sich dieser zu der in den Medien lautgewordenen Vermutung äußere, Lehrer sollten "entbeamtet" werden.

Der Innenminister habe sich insofern auf den im September 1999 getroffenen Kabinettsbeschuß berufen mit dem Tenor, verstärkt Angestellte einzusetzen. Zur Entbeamtung bezogen auf bestimmte Bereiche hingegen gebe es keine klaren Beschlüsse. Vielmehr solle eine Bestandsaufnahme erfolgen.

Fort gelte auch der Kabinettsbeschuß von 1995, der besage, bestimmte Aufgaben künftig nicht mehr von Beamten wahrnehmen zu lassen und ansonsten eine Steigerung im Rahmen des nach Grundgesetz auch für den klassisch hoheitlichen Bereich rechtlich zulässigen Regelausnahme-Verhältnisses der Beschäftigung von Beamten und Angestellten stärker zu nutzen.

Um Mißverständnisse auszuräumen betont **MR Brommund** auf Rückfrage von **Brigitte Herrmann (GRÜNE)**, unter Entbeamtung verstehe der Finanzminister, Neueinstellungen im Tarifbereich zu tätigen und den Betreffenden nicht mehr den Beamtenstatus zu verleihen. An dem Status des jetzigen Personals hingegen solle sich natürlich nichts ändern.

Kapitel 11 010 - Ministerium

2%ige Einsparvorgabe

Vorsitzender Peter Bensmann bezieht sich auf die Basisstellenzahl für die Berechnung der Einsparvorgabe, die 51 Stellen betrage, so daß eine Planstelle der Bes. Gr. A 11 BBesO zwar richtigerweise kw gestellt, aber der Vermerk nicht im Dispositiv des Haushaltsplanentwurfs gesondert, sondern bei den kw-Vermerken aufgrund der Organisationsuntersuchung 1998 saldiert ausgewiesen worden sei. Im Reindruck des Haushalts sollte der kw-Vermerk beruhend auf der 2%igen Einsparvorgabe jedoch gesondert erscheinen.

kw-Vermerke aufgrund der Neuorganisation

LMR Obermeier (MFJFG) berichtet, von den für das Haus im Zuge der Neuorganisation angefallenen zusätzlichen 13 kw-Vermerken - vier jeweils im höheren, gehobenen und mittleren und eine im einfachen Dienst - habe man die vier im höheren Dienst bereits realisiert. Im einfachen und mittleren Dienst rechne er wegen der vorhersehbaren Abgänge aus Altersgründen mit einer Umsetzung innerhalb der nächsten zwei Jahre, im gehobenen Dienst jedoch könnte es aus derzeitiger Sicht bis zu fünf Jahren dauern, ehe eine entsprechende Anzahl von Beamten ausscheide.

Stellen für beamtete Hilfskräfte

Betreffend die vom **Vorsitzenden** angesprochene, im Haushaltsjahr 1997 aus dem Einzelplan 08 in den Einzelplan 11 umgesetzte Stelle für eine beamtete Hilfskraft Besoldungsgruppe A 9 g.D. begründet **LMR Obermeier (MFJFG)** die erneute Verlängerung der ursprünglich mit kw-Vermerk bis zum 31.12.1999 ausgebrachte Befristung mit der noch nicht abgeschlossenen Organisationsuntersuchung der Abteilung II "Frauen", also des alten Gleichstellungsministeriums. Bei der Neuorganisation der Häuser habe man diesen kw-Vermerk aus dem Gleichstellungsministerium übernommen. Die laufende Organisationsuntersuchung werde voraussichtlich aber Ende diesen Jahres, spätestens Anfang des nächsten beendet sein. Dann werde man erneut zu entscheiden haben.

Kapitel 11 230 - Landesversicherungsamt NRW in Essen

Der **Vorsitzende** bittet darum, im Reindruck des Haushaltsplans die Vergleichszahlen für 1999 bei allen kw-Vermerken in der Titelgruppe 60 aufzunehmen.

Kapitel 11 240 - Zentralstelle der Länder für den Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Vorsitzender Peter Bensmann moniert die Nichtbesetzung von vier von insgesamt sechs Stellen des höheren Dienstes.

LMR Obermeier (MFJFG) schildert den Hintergrund dieser Situation: Bei der Zentralstelle handele es sich um eine Einrichtung einerseits mit einem ganz besonderen Anforderungsprofil und andererseits erheblichen Belastungen für die Mitarbeiterschaft. Auf den dort tätigen Medizinern, Physikern und Chemikern laste bei Akkreditierungen und Zertifizierungen von technischen Geräten ein beträchtlicher Zeitdruck. Vier Inhaber von A 14 Stellen hätten vielleicht aus diesen Gründen, vielleicht aber auch, weil sich ihre Erwartungshaltung nicht erfüllt habe, gekündigt bzw. um Entlassung gebeten. Wegen des eben beschriebenen besonderen Anforderungsprofils habe sich das Bewerbungs- und Auswahlverfahren etwas länger hingezogen, doch seien inzwischen drei der vier Stellen wiederbesetzt. Bei der vierten gestalte sich das insofern schwierig, als sie einen kw-Vermerk zum 31.12.2000 trage, ein qualifizierter Bewerber allerdings ungerne für eineinhalb Jahre eine andere Position aufgeben. Man arbeite aber daran, auch diese Stelle zu besetzen.

Kapitel 11 250 - Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (LÖGD-Institut)

Zu dem Zugang einer Stelle der Verg.Gr. IV a/Vb B BAT kw ab 01.01.1995 führt **LMR Obermeier (MFJFG)** aus, hier gehe es um die Umsetzung einer Übersetzerin von der Staatlichen Bauverwaltung, wo für sie keine adäquate Tätigkeit mehr vorhanden gewesen sei, zum Landesinstitut, welches dringend für Aufgaben auf dem Feld "Weltgesundheitsorganisation", "EU-Projekte" etc. eine Übersetzerin insbesondere für Englisch gebraucht habe. Auf diese Weise sei es außerdem gelungen, einen kw-Vermerk bei der Bauverwaltung zu realisieren.

Was die zeitliche Prognose für die Realisierung der kw-Vermerke insgesamt anbelange, wolle er sich zurückhalten. Bei Einrichtung des Instituts 1995 mit 102 kw-Vermerken nämlich habe das Haus als rein rechnerisch aufgrund der altersmäßigen Abgänge ermitteltes Enddatum das Jahr 2033 genannt. Inzwischen belaufe sich jedoch die Zahl der noch nicht abgebauten kw-Vermerke auf nur noch 27. Und davon entfielen 18 sogar noch auf Beschäftigte des zum Jahresende zur Schließung vorgesehenen Standortes Düsseldorf, was weitere Abgänge mit sich bringen werde.

Kapitel 11 410 - Sozialpädagogisches Institut NRW - Landesinstitut für Kinder, Jugend und Familie

Nach den Worten von **LMR Obermeier (MFJFG)** habe die inzwischen abgeschlossene Organisationsuntersuchung neben Anregungen zur internen Struktur und Steuerung - Projektorganisation, Programmcontrolling, internes Berichtswesen - den vom Arbeitsstab Aufgabenkritik übernommenen und dem Kabinett in einer Vorlage unterbreiteten Vorschlag gebracht, das SPI an das Ministerium anzugliedern, sieben Stellen, davon sechs im höheren und eine im gehobenen Dienst, einzusparen und außerdem Mittel für Zeitkräfte in Höhe von 200.000 DM dauerhaft zu streichen. Dies addiere sich im Endeffekt auf eine jährliche Mittelverminderung von 1,2 Millionen DM.

Während das Kabinett dem Abbau von sieben Stellen zugestimmt habe, habe es sich bezüglich der organisatorischen Angliederung noch nicht zu einer Entscheidung durchringen können: Zunächst sollten, so das Kabinett, die ressorteigenen wissenschaftlichen und Forschungseinrichtungen und deren Zuordnung überprüft werden.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen

Das Ressort beginnt nach Aussage von **MR Michel (MBW)** mit dem Haushalt 2000 mit der Ausbringung von ku-Vermerken bei Beamtenstellen, was sich insbesondere bei der Staatlichen Bauverwaltung zeige.

Stellen für Auszubildende

Reg. Ang.'e Harting (MBW) teilt mit, alle 152 Ausbildungsstellen in der Staatlichen Bauverwaltung - davon 20 % in dem neuen Ausbildungsberuf Fachinformatiker/in - seien besetzt.

MR Michel (MBW) fügt hinzu, von den 152 Stellen fänden sich 145 im Haushaltsplanentwurf, sieben seien im Haushaltsvollzug aus dem Bereich der Justiz in den Geschäftsbereich des Ministers für Bauen und Wohnen umgesetzt worden.

Kapitel 14 010 - Ministerium

2%ige Einsparauflage

Der **Vorsitzende** kritisiert das Unterlaufen der 2%igen Einsparvorgabe durch das Ressort nunmehr im dritten Jahr.

MR Michel (MBW) trägt das Ergebnis der im Jahre 1995 begonnenen Organisationsuntersuchung - bis dahin habe das Haus regelmäßig die ausgebrachten kw-Vermerke erwirtschaftet - und des darauf fußenden, Anfang der Woche gefaßten Kabinettsbeschlusses vor:

Von den 248 Planstellen und Stellen im Bauministerium müßten 44, d. h.: rund 18 %, abgebaut werden. Haushaltsmäßig umgesetzt bedeute dies:

Von den zehn betroffenen Stellen des höheren Dienstes hätten sechs keinen kw-Vermerk und würden sofort wegfallen, drei trügen einen kw-Vermerk ab 01.01.2001, eine einen solchen ab 2005. Die drei für einen Wegfall vorgesehenen Stellen des gehobenen Dienstes werde man, da unbesetzt, trotz der längeren Befristung durch das Kabinett sofort erwirtschaften. Im mittleren und einfachen Dienst wären 31 kw-Vermerke auszubringen, davon 30 ab sofort, einer ab 01.01.2002. Von den genannten 30 wiederum könnten 12 auch sofort realisiert werden.

Kapitel 14 070 - Staatliche Bauverwaltung

58er Regelung

ORR Fischer (MBW) beziffert die seit 1995 mit Inkrafttreten der 58er Regelung abgeschlossenen Auflösungsverträge auf rund 600, wovon einige allerdings erst in den kommenden Jahren wirksam würden. Das Schwergewicht liege dabei auf dem gehobenen Dienst, was zweifelsohne mit der ungünstigeren Vergütungs- und Altersstruktur im mittleren Dienst zusammenhänge; im mittleren Dienst erwarte man deshalb kaum einen Abbau der kw-Vermerke auf diesem Wege.

Reduzierung der Zahl der Staatlichen Bauämter

Im Moment verfolgt man nach den Worten von **MR Michel (MBW)** die Reduzierung der Zahl der Staatlichen Bauämter von jetzt 28 - von ursprünglich 39 - auf schließlich 25 nicht mehr weiter, um zum einen endlich Ruhe in den nachgeordneten Behörden einkehren zu

lassen, um zum anderen zunächst den Überlegungen in Bezug auf Controlling und Kosten- und Leistungsrechnung Raum zu geben und um drittens die Auswertung des Gutachtens von Seebauer und Partner zum Bau- und Liegenschaftsmanagement durch den AStA sowie den diesbezüglichen Kabinettsbeschuß abzuwarten. In dieser Legislaturperiode rechne er deshalb nicht mehr mit einer weiteren Verminderung der Anzahl der Ämter.

Personalentwicklungskonzept

Der **Vorsitzende** nennt als Stichwort die Erhöhung der Mittel für die Fortbildung von 355.000 DM auf 1.180.000 DM.

Reg. Ang'e Harting (MBW) berichtet über die im nächsten Jahr beginnende, große Qualifizierungsoffensive für ca. 360 Beschäftigte des mittleren und einfachen Dienstes, die in den sogenannten honorarfähigen Bereich versetzt würden. Diese sehr aufwendige Maßnahme umfasse Training on the Job und Seminare und ende nach bestandener Prüfung mit einem Zertifikat. Es folgten standardisierte Aufstiegsverfahren, ebenfalls wiederum verknüpft mit Qualifizierungen.

Ein anderer Großteil des Fortbildungsprogramms entfalle auf die Befähigung der Mitarbeiter-schaft für die neuen Aufgabenfelder Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling, betriebs-wirtschaftliche Orientierung.

Daneben gebe es Fortbildungsbedarf zum Beispiel auf dem Gebiet der Zusammenarbeit und Führung, der Entwicklung einer höheren Führungskompetenz etc.

Das MBW als erstes und bisher einziges Ressort, welches im Zusammenwirken mit dem AStA ein Gutachten zur Personalentwicklung habe erarbeiten lassen, gelte sicherlich als ein gewisses Vorbild für die anderen Häuser, meint **MR Brommund (FM)**, wobei die anderen sicherlich die Umsetzung genau beobachteten. Im übrigen dürfe nicht die Tatsache des massiven Stellenabbaus in der Staatlichen Bauverwaltung außer acht gelassen werden.

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Ausbildungsplätze

Auf Wunsch des **Vorsitzenden** gibt **Reg. Ang'e Huesmann (MASSKS)** einen Überblick über die Ausbildungsplatzsituation:

Das Haus habe im Rahmen der Ausbildungsinitiative der Landesregierung die Zahl der Ausbildungsstellen durch die Umwandlung von drei Praktikantenstellen auf insgesamt 43 erhöht, darunter drei in den Staatlichen Archiven in der zukunftssträchtigen Sparte "Fachangestellte/r für Medieninformationsdienste".

Die Zahl der offenen Ausbildungsstellen belaufe sich auf zwei bis drei, bedingt durch Absagen von Bewerbern oder durch eine Unvereinbarkeit des Anforderungsprofils der Stelle mit dem Profil des Auszubildenden. Verstärkt habe man insgesamt die Verbundausbildung mit dem Handwerk.

Die vom **Vorsitzenden** in die Diskussion gebrachte Ausbildung zur Bürokommunikationskraft findet nach Auskunft von **OAR Kirchler (MASSKS)** zwar nicht im Ministerium, aber sehr wohl seit dem Vorjahr in der Versorgungsverwaltung statt.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Brommund, dem Ausschuß einmal einen detaillierten Bericht über die Palette der in der Landesverwaltung angebotenen Ausbildungsberufe zu geben.

Stellenabbau/58er Regelung/Altersteilzeit

Die Altersteilzeit hat nach den Worten von **Reg.Ang.'er Huesmann (MASSKS)** bei dem Abbau von 138 Stellen im letzten Haushaltsjahr im Angestelltenbereich kaum eine Rolle gespielt; und für die Beamten gelte sie ohnehin erst seit Inkrafttreten des 9. Dienstrechtsänderungsgesetzes ab 20.04.1999. Im gesamten Geschäftsbereich seien deshalb bisher nur acht Verträge auf der Grundlage von Altersteilzeit abgeschlossen worden: bei gut 5.000 Stellen ein äußerst geringer Anteil. Fünf weitere Anträge lägen vor.

Für die 58er Regelung gelte ähnliches: Die Beamten könnten davon erst seit August diesen Jahres Gebrauch machen, so daß man noch nicht über Erfahrungen verfüge. Auf die Inanspruchnahme der 58er Regelung entfielen im Angestelltenbereich 30 von zusammen 98 abgebauten Stellen, das heiße 22,2 %.

Organisationsuntersuchung

Reg.Ang.'e Huesmann (MASSKS) nimmt zunächst Stellung zu dem bis jetzt erfolgten Abbau der aufgrund der Organisationsuntersuchungen ausgebrachten kw-Vermerke:

Mit der formalen personalpolitischen Zusammenführung von MSKS und Teilen des früheren MAGS mit dem 01.09.1998 sei das neue MASSKS mit 395 Stellen entstanden, davon 17 mit einem kw-Vermerk versehen. Diese 17 kw-Vermerke resultierten aus der Orga-Untersuchung des ehemaligen MAGS sowie den 2 %-Einsparungen des ehemaligen MSKS. Aufgrund der Synergieeffekte im Zuge der Neuressortierung seien im Haushalt 1999 weitere 9 kw-Vermer-

ke ausgewiesen und mit der Umsetzung von drei Stellen aus der Staatskanzlei - Hausarbeitsdienst Horionplatz - im Vollzug 1999 gleichzeitig drei kw-Vermerke in das MASSKS umgesetzt worden. Aufgrund der nunmehr abgeschlossenen Organisationsuntersuchung der Teilbereiche des ehemaligen MSKS würden im Haushalt 2000 weitere 23 kw-Vermerke ausgebracht, von denen zwei unter dem Vorbehalt einer ressortübergreifenden Entscheidung zur Privatisierung des Boten-, Pforten- und Telefondienstes ständen. Das heiße: Nach Abbau dieser insgesamt 52 kw-Vermerke werde das MASSKS sein Personal von 398 auf 346 Stellen reduziert haben.

Bis Ende 1999 würden von den seit 01.09.1998 ausgebrachten 29 kw-Vermerken 23,8 % abgebaut. Es lasse sich absehen, daß darüber hinaus von den 23 im Haushalt 2000 neu ausgebrachten kw-Vermerken zumindest die im höheren und gehobenen Dienst zügig realisiert würden.

Der von prognos & simma ebenfalls empfohlenen Straffung der Hierarchieebenen habe man unter anderem durch Zusammenlegung von Referaten Rechnung getragen, beispielsweise der früher selbständigen Einheiten Organisationsentwicklung und Verwaltungsmodernisierung. Entsprechend des Kienbaum-Gutachtens habe man außerdem Personal und Organisation des Hauses und des nachgeordneten Bereiches in einer Gruppe zusammengefaßt. Derzeit verzichte man darüber hinaus auf die Wiederbesetzung freigewordener Referatsleiterstellen, um die Umsetzung des Beschlusses der Landesregierung zur Aufbauorganisation der Ministerien vorzubereiten. Dieser Beschluß sehe nämlich für die Zukunft zwei Organisationsvarianten für Ministerien vor: das sogenannte Budgetierungs- oder das sogenannte Gestaltungsmodell. Da das Gestaltungsmodell beinhalte, die Zahl der B 4 Stellen zu halbieren, werde man freie B 4 Stellen entweder absetzen oder umwandeln. Man hoffe auf eine schnelle Klärung der im Zusammenhang mit diesen beiden Modellen noch bestehenden vielen offenen Fragen und wolle dann im Rahmen eines geordneten Verfahrens auf der Basis des Kienbaum- sowie des prognos-Gutachtens einen Organisationsentwicklungsprozeß einleiten, um nicht zuletzt zu weiteren Hierarchieabflachungen zu kommen.

Umsetzungen

Reg.Ang'le Huesmann (MASSKS) äußert sich auf Wunsch des **Vorsitzenden** zu folgenden Umsetzungen:

- einer Stelle der Bes. Gr. A 9 m. D. von Kapitel 15 010 nach Kapitel 15 120 - Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle - im Haushaltsvollzug
- einer Stelle der Bes. Gr. A 10 von Kapitel 15 120 nach Kapitel 15 010 - Ministerium - bei gleichzeitiger Hebung nach Bes. Gr. A 11:

Aufgaben des zweiten Sachbearbeiters im Referat für physikalische Wirkungen seien bis dato durch einen Beamten des mittleren technischen Dienstes erledigt worden, während nunmehr die Aufgabenverdichtung durch Realisierung des Kienbaum-Gutachtens eine höhere fachliche Qualifikation gefordert und den Einsatz eines Beamten des gehobenen Dienstes notwendig gemacht habe.

Kapitel 15 020 - Allegemeine Bewilligungen

Globale Minderausgabe

Vorsitzender Peter Bensmann macht auf die zusammengefaßte Ausweisung der globalen Minderausgabe in Höhe von 1.758.800 DM - 961.200 DM weniger als im Haushalt 1999 - bei Titel 462 10 für sämtliche 427er Gruppen aufmerksam. Dem Vernehmen nach hätte aber eine Aufteilung der globalen Minderausgabe auf die einzelnen in Frage kommenden Titel erfolgen sollen.

Damit wolle man, so **Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS)**, der im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen geäußerten Bitte des Unterausschusses "Personal" nach Schonung der AB-Maßnahmen Rechnung tragen. Im übrigen scheidet eine gleichmäßige Aufteilung der Minderausgabe wegen der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Behörden und Einrichtungen des Geschäftsbereiches ohnehin aus.

Das Manko besteht nach Auffassung des **Vorsitzenden** bei dieser Methode darin, daß der Unterausschuß "Personal" nicht mehr kontrollieren könne, ob AB-Maßnahmen wirklich weitgehend außen vor blieben, da die Umsetzung erst im Haushaltsvollzug stattfindet.

Kapitel 15 110 - Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Stellenveränderungen

Der mit dem Finanzminister abgestimmte Verzicht auf die Einstellung von Gewerbereferendar/inn/en im Jahr 2000 beruht, wie **OAR Kirchner (MASSKS)** erläutert, auf einer Bedarfsberechnung. Und eine Ausbildung über den Bedarf hinaus scheiterte schon daran, daß die Gewerbereferendar/inn/en bei Eintritt in den Landesdienst bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hätten und sich einer zweiten Ausbildung für den Dienst in den Staatlichen Ämtern für Arbeitsschutz nur bei Aussicht auf Festanstellung unterziehen würden.

Ausbringung neuer ku-Vermerke

Die Ausbringung von ku-Vermerken nach Bes. Gr. A 7 an 12 Planstellen der Bes. Gr. A 8 führt **OAR Kirchner (MASSKS)** auf die Neuformulierung des § 9 Abs. 1 Haushaltsgesetz zurück. Der Kreis der betroffenen Stellen sei größer geworden. Das Haus habe entsprechend

Absetzungen im Angestellten- und im Arbeiterbereich vorgenommen. Da das Ergebnis der Organisationsuntersuchung aber Überkapazitäten wohl im technischen, nicht aber im Verwaltungsbereich des mittleren Dienstes diagnostiziert habe, habe man gemäß Ziffer 5 der Haushalts- und Wirtschaftsführungsrichtlinien des Finanzministeriums - der Verpflichtung, durch Anwendung des § 9 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes entstandene Verschiebungen und Verzerrungen auszugleichen -, um den Verwaltungsbereich nicht auszudünnen, Technikerstellen des mittleren Dienstes ku-gestellt in Stellen des Verwaltungsbereiches.

Stellenumwandlungen

Vorsitzender Peter Bensmann bezieht sich dann auf die Umwandlung

- 1 Stelle der Verg. Gr. VI b/VII BAT nach Verg. Gr. V c BAT
- einer Stelle der Verg. Gr. VII/VIII BAT nach Verg. Gr. V c BAT.

Nach den Ergebnissen der durchgeführten Arbeitsplatzbewertungen hätten sich die tariflichen Ansprüche aufgrund der funktionsgebundenen Aufgabenentwicklung in den Aufgabenbereichen Gewerbezentralregister und Sprengstoffwesen ergeben. Die Stellenumwandlungen erfolgten jedoch nicht nur in die nächsthöhere, sondern in bis zu drei Stufen höhere Vergütungsgruppen. Dies spreche für eine Übertragung höherwertigerer Aufgaben, die wiederum nur zulässig sei, ständen höherwertigere Stellen auch zur Verfügung.

Nach den Worten von OAR Kirchler (MASSKS) basiert dies noch auf der Umstrukturierung der Arbeitsschutzämter als Ergebnis der Organisationsuntersuchung mit in den genannten Gebieten neu entstandenen Mischarbeitsplätzen. Die Beschäftigten hätten die Tätigkeiten bereits jahrelang ausgeübt, dann aber eine Arbeitsplatzüberprüfung beantragt.

Kapitel 15 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl

Kosten- und Leistungsrechnung

Zum Stand der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung berichtet Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS) über umfangreiche Überprüfungen sämtlicher Bereiche unter dem Aspekt "Einführung Kosten- und Leistungsrechnung: Ja oder nein?" in den Jahren 1998 und 1999. Letztlich hänge die endgültige Entscheidung ganz wesentlich von dem für Ende diesen/Anfang nächsten Jahres erwarteten Beschluß der Landesregierung über die einzusetzende ADV-Software ab. Vorsorglich habe man in Kapitel 15 020 Titelgruppe 62 bereits 500.000 DM bar und 500.000 DM VE für die Beschaffung von Hard- und Software, Schulungen, Konzeptentwicklungen etc. ausgewiesen. Welche Bereiche schließlich konkret einbezogen würden und

in welcher Reihenfolge - die Mittel reichten sicherlich nicht für alle nachgeordneten Einrichtungen aus - könne erst im Anschluß an den Kabinettsbeschuß entscheiden werden.

Vorsitzender Peter Bensmann ist nicht nachvollziehbar, weshalb es detaillierter Vorgaben bedürfe und man es nicht den Häusern überlasse, beispielsweise welche Software sie anwenden wollten.

Die Landesregierung verhält sich hier nach Meinung von **MR Brommund (FM)** nicht anders als jedes Großunternehmen, das auf einen einheitlichen Standard Wert lege, anderenfalls dieses Unternehmen wie noch viel mehr die Landesverwaltung, könnte sie später Auskünfte wegen unterschiedlicher Systeme nicht erteilen, der Vorwurf träfe, nicht von Anfang an auf eine kompatible Ausstattung Wert gelegt zu haben. Auf der anderen Seite werde über die also notwendigerweise sehr klare und deutliche Definition der Anforderungen nicht unbedingt das Produkt bestimmt, so daß den Ressorts durchaus Spielraum bleibe. Einen möglichst hohen Standard gebiete auch das hinter dem Ganzen stehende Ziel, nämlich mittels der Kosten- und Leistungsrechnung in den nächsten Jahren etwas zu bewegen.

Vorsitzender Peter Bensmann ist immer noch unverständlich, aus welchem Grund nicht ein Haus mit einer bestimmten Hard- und Software beginne, seine Erfahrungen mitteile und dann die anderen daraus lernten. Auf diesem Wege der Erprobung in der Praxis wäre ein viel schnelleres Fortkommen möglich.

Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS) macht darauf aufmerksam, daß es sich bei Schloß Brühl um lediglich zwei Personen handle. - Preschte jedes Ressort und innerhalb der Ressorts jeder Geschäftsbereich vor, produzierte dies, nicht zuletzt mit Blick auf die in der Vorlage 12/2377 vom 13.11.1998 beschriebene Problematik der Schnittstelle zwischen HKR-TV und KLR-Software, Chaos und würde sicherlich nicht dem Grundsatz einer sparsamen Haushalts- und Wirtschaftsführung gerecht.

Vorsitzender Peter Bensmann bezeichnet es nochmals als unerträglich, daß eine Kosten- und Leistungsrechnung immer noch nicht existiere.

Kapitel 15 330 - Landesversorgungsamt, Versorgungsämter

Aufgabenwegfall und Stellenabbau

Zu dem Thema "Rückgang der Versorgungsfälle und Rückgang des Personalbestandes" erläutert **RegAng'e Huesmann (MASSKS)**, begonnen habe man 1993 mit 920 kw-Vermerken. Davon seien später 25 gestrichen worden. Noch realisiert werden müßten 555, sprich: Der Realisierungsgrad betrage bisher knapp 40 %.

Aufgrund der damaligen Aussagen des Gutachters zur zukünftigen Entwicklung des sozialen Entschädigungsrechts hätten nunmehr das Ressort und der Finanzminister die wegfallenden Aufgaben der Versorgungsverwaltung mit den neu hinzugekommenen auf dem Gebiet der Bewilligung und Abwicklung von Arbeits- und sozialpolitischen Programmen abgewogen und daraus die Konsequenzen gezogen, nämlich 81 zusätzliche kw-Vermerke ausgebracht. Plus der 19 z.A.-Stellen in der Versorgungsverwaltung mache dies insgesamt 100 zusätzliche kw-Vermerke.

OAR Kirchler (MASSKS) fügt hinzu, aufgrund eines Versehens habe man die 19 kw-Vermerke nicht im mittleren, sondern im gehobenen Dienst ausgebracht. Dies wolle man berichtigen.

Titelgruppe 63 - Versorgungskuranstalt Aachen

Titelgruppe 64 - Versorgungskuranstalt Bad Driburg

OAR Kirchler (MASSKS) erläutert, der Bund trage für die in seinem Auftrag eingerichteten Versorgungskuranstalten bei einer Mindestbelegung die Kosten. - Da diese Mindestbelegung wegen des Rückgangs der Kriegsofferfälle bald nicht mehr gegeben sein werde, ergänzt **Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS)**, berate man zur Zeit mit dem Finanzminister über einen Verkauf der beiden Kliniken. - Im Rahmen dieser Gespräche ständen Strukturveränderungen und sozialgerechte Lösungen im Mittelpunkt, bemerkt **OAR Kirchler (MASSKS)**.

Kapitel 15 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen

Perspektive der Landesstelle

Reg. Ang'le Huesmann (MASSKS) schildert die Entwicklung als einerseits geprägt durch den Rückgang der Zahl der Spätaussiedler mit der Folge der Ausbringung von 31 neuen kw-Vermerken plus 7 neuer kw-Vermerke aus der Auflösung der Außenstelle Waldbröl, andererseits durch den erhöhten Betreuungsaufwand und die damit verbundenen gestiegenen Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. In Unna fänden nunmehr die früher in Waldbröl durchgeführten Sprachkurse statt; Sprachkurse deshalb, weil man bei dieser Klientel - Aussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen - anders als im Anfangsstadium bei Asylbewerbern - Maßnahmen für diese Gruppe seien ohnehin beim Innenministerium etatisiert - von einer Integration ausgehe.

Vorsitzender Peter Bensmann bringt angesichts der zurückgegangenen Aussiedlerzahlen und der inzwischen anders gearteten Aufgaben des Personals nochmals den Gedanken einer Umorganisation der Einrichtung in die Debatte.

Die Landesstelle verkenne diese Tatsache nicht und habe entsprechende Konzeptionen entwickelt, bestätigt **OAR Kirchler (MASSKS)**. Es bedürfe noch der Abstimmung mit dem Finanzminister, wie man dieser konzeptionellen Neugliederung der Aufgaben - weg von der reinen Verwahranstalt - Rechnung tragen könne. Allerdings würde dies für die Angestellten natürlich tarifliche Änderungen erforderlich machen.

Eine solche Konzeption müsse zwei Aspekten besondere Aufmerksamkeit schenken, fährt **Reg. Ang'le Huesmann (MASSKS)** fort: der notwendigen Planungssicherheit in Sachen Personal und einer Ausstattung der Landesstelle dergestalt, die es ihr erlaube, auf unvorhersehbare Situationen zu reagieren. In diesem Jahr beispielsweise habe die Landesstelle über Monate eine erhebliche Zahl von Kosovo-Flüchtlingen aufgenommen und hätten die Bediensteten eine große Menge an Überstunden geleistet.

Einen Zeitpunkt für eine Entscheidung kann Frau Huesmann nicht benennen. Außerdem gibt es ihres Erachtens keinen Grund für Unruhe unter den Beschäftigten, wie der **Vorsitzende** die Situation beschreibt. Die Mitarbeiter des Ministeriums und sie selbst besuchten die Landesstelle regelmäßig und hätten dergleichen nicht erfahren. Lediglich im Zusammenhang mit der eben erwähnten Aufnahme der Kosovo-Flüchtlinge im abgelaufenen Jahr habe ein wenig Verwirrung geherrscht. Die Mitarbeiterschaft habe sich dieser Aufgabe dann aber bereitwillig gewidmet. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor, ob nämlich die Landesstelle Teil der Versorgungsverwaltung bleibe, entfalle ebenfalls: Der Entwurf des Zweiten Modernisierungsgesetzes bestätige dies, indem er eine Zuordnung zur Staatlichen Regionaldirektion Münster vorsehe.

Der Vorsitzende erklärt die Verunsicherung des Personals mit dem Umgang der Versorgungsverwaltung von Landesseite insgesamt, nämlich ihrer Nutzung als "Steinbruch".

Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS) kündigt an, in den nächsten Wochen gemeinsam mit der Fachabteilung des Hauses noch einmal zu beraten und auch mit dem Bürgermeister der Stadt Kontakt aufzunehmen.

Kapitel 15 750 - Staatliche Archive, Archivwesen

Nach Auskunft von **Reg.Ang'e Huesmann (MASSKS)** sei der Auftrag zur Durchführung der Organisationsuntersuchung im September an die Firma Mummert + Partner vergeben worden. In diesen Tagen beginne die Firma mit den Ist-Erhebungen. Mit einem Abschluß rechne man im Frühsommer nächsten Jahres.

4 Verschiedenes

hier: **Besoldung Polizeipräsidenten/Regierungspräsidenten**

Brigitte Herrmann (GRÜNE) wünscht Aufklärung über den Grund für die sehr unterschiedliche Besoldung von Polizeipräsidenten einerseits und Regierungspräsidenten andererseits. Erstere erhielten ihre Vergütung auch bei großen Präsidien mit zum Teil 4.000 Mitarbeitern nach B 2, Regierungspräsidenten nach B 6 oder B 7.

Den Ausschlag für die jeweilige Besoldung gibt nach dem momentanen Kenntnisstand von **MR Brommund (FM)** die mit Hilfe des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ermittelte Einwohnerzahl. Ähnliches gelte beispielsweise auch für kommunale Beamte. Er wolle diesem Sachverhalt aber noch einmal nachgehen.

Unterausschuß „Personal“

TERMINPLAN 2000
- 1. Jahreshälfte -

	M	D	M	D	F	Sa	So	
Januar						1	2) Weihnachtspause
	3	4	5	6	7	8	9) bis 07.01.2000
	10	11	12	13	14	15	16) Sitzungswoche
	17	18	19	20	21	22	23) - " -
	24	25	26	27	28	29	30) - " -
Februar	31	1	2	3	4	5	6) - " -
	7	8	9	10	11	12	13) - " -
	14	15	16	17	18	19	20) - " -
	21	22	23	24	25	26	27) - " -
März	28	29	1	2	3	4	5) sitzungsfrei
	6	7	8	9	10	11	12) - " -
	13	14	15	16	17	18	19) Sitzungswoche
	20	21	22	23	24	25	26) - " -
April	27	28	29	30	31	1	2) - " -
	3	4	5	6	7	8	9) - " -
	10	11	12	13	14	15	16) - " -
	17	18	19	20	21	22	23) Osterpause
	24	25	26	27	28	29	30) vom 17. April
Mai	1	2	3	4	5	6	7) bis 7. Mai
	8	9	10	11	12	13	14) 14.05. Landtagswahl
	15	16	17	18	19	20	21) Sitzungswoche
	22	23	24	25	26	27	28) - " -
Juni	29	30	31	1	2	3	4) 1.6. Ende 12. Wahlperiode) 2.6. Konstit. Sitzg. 13. WP
	5	6	7	8	9	10	11) Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18) - " -
	19	20	21	22	23	24	25) - " -
	26	27	28	29	30) Sommerpause v. 29. Juni) bis 20. August

□ = Plenarsitzungstage

() = Schulferien / _ = Bundesrat

○ = Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses; Beginn jeweils 11.00 Uhr